

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

am 29.01.2014

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz:**

Ratsherr Björn Weiß CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jan Eggermann SPD

Ratsfrau Eveline Haue SPD

Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs CDU

Ratsherr Harald Metzger SPD

Ratsherr Jürgen Sager CDU

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers DIE LINKE

Ratsherr Michael Thielicke SPD

Ratsherr Jens Voß SPD

Ratsherr Hansjürgen Wakup CDU Vertreter für Ratsherrn Oliver Fröhling

Ratsherr Rüdiger Wilde CDU

Ratsherr Michael Wülfrath FDP

Herr Jürgen Appelt Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guntram Behle Lüdenscheider Liste

Frau Karin Löhr SPD Vertreterin für Ratsherrn Ingo Diller

Herr Ulrich Neuhaus Bündnis 90/Die Grünen ab 17.16 Uhr

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Barbara Tümsmeyer Liste der SPD

Gäste:

Herr Matthias Czech

Werbeagentur David & Goliath,

Lüdenscheid

Herr Lessmann

ENERVIE

Herr Moos

ENERVIE

Herr Bielinsky

Architekt Lüdenscheider Tennisverein

Herr Alt

Lüdenscheider Tennisverein

Herr Schlötermann

Lüdenscheider Tennisverein

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf

Herr Hans-Jürgen Badziura

Herr Lars Bursian

Herr Peter Dilks

Herr Rolf Mielke

Frau Heike Müller

Frau Verena Reuter

Herr Andreas Weidemann

Schritfführung:

Frau Dorothea Kaluza

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ratsherr Oliver Fröhling CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Sachstandsbericht "Denkfabrik"

2.1. Aktueller Planungsstand des Bauvorhabens "Brücke und Freiraum"; hier: Vorstellung des Lichtkonzeptes

Frau Müller stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Planungsstand zum Lichtkonzept des Bauvorhabens Brücke und Freiraum im Quartier der Denkfabrik vor. Als Details nennt sie z. B. die flächige Planung mit einem monocromen Rot mit am Ende der Brücke sanft auslaufendem weißem Licht. Auch der Aufzug füge sich mit rotem und weißem Licht ein. Rot und Weiß seien sowohl die Farben der Denkfabrik als auch im Logo der Phänomenta vorhanden. Das vorgestellte Konzept bedürfte noch der Zustimmung der Deutschen Bahn. Die geplante Umsetzung der Planung halte den Kostenrahmen derzeit ein. Es werde daran gearbeitet, das Konzept so weiterzuentwickeln, dass die Planung auch technisch innerhalb der finanziellen Vorgaben umsetzbar sei.

Ratsherr Wilde weist darauf hin, dass die in der Planung vorgesehene rote Farbe aufgrund des voraussichtlich erforderlichen körnigen Bodenbelages nicht den in der Präsentation gezeigten Effekt erreichen könne, da durch die Körnung zu viel Farbe geschluckt werde. Zumindest sei die Umsetzung der gezeigten Planung eine Herausforderung. Frau Müller bittet, die Bemusterung abzuwarten. Sollte sich hier ergeben, dass die Planung nicht funktioniere, werde nach Alternativen gesucht.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis und begrüßen das Lichtkonzept ausdrücklich.

2.2. Sachstand Fußgängerwegeleitsystem

Vorsitzender Weiß begrüßt Herrn Czech von der Agentur David & Goliath und bittet um Vortrag.

Herr Czech bedankt sich für die Möglichkeit zur Vorstellung der aktuellen Planung. Er stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die überarbeitete Version der Karte vor und erläutert diese. Frau Reuter führt weiter die geplanten Stelenstandorte sowie die Wegeverbindungen aus. Diese werden z. T. gebündelt angezeigt; je näher man einem Ziel komme, desto differenzierter werde die Darstellung. Es sei eine Kombination aus touristisch relevanten Zielen und Richtungsanzeigen aus dem Nahbereich geplant. Die endgültige Ausführungsplanung werde dem Ausschuss als Beschlussvorlage vorgelegt. Produktion und Montage müssten noch ausgeschrieben werden, die Umsetzung sei noch in 2014 angestrebt.

Frau Reuter antwortet auf die Frage von Ratsfrau Löhr, die Altstadt sei ausgespart, das Verweise auf Bücherei, Stadtarchiv etc. vorhanden seien. Herr Bursian ergänzt auf Nachfrage, dass man die Anzahl der Piktogramme in der Karte reduziert habe, die wichtigsten aber beibehalte. Es sei mehr in Richtung einer klassischen Stadtkarte umgeplant worden. Die Frage von Ratsherrn Eggermann, ob die derzeit vorhandenen „alten“ Schilder abgebaut werden, beantwortet Frau Reuter dahingehend, dass diese erst einmal parallel im Bestand erhalten bleiben. Die genauen Standorte würden noch geprüft und festgelegt. Vorsitzender Weiß weist darauf hin, dass zur Frage der im Bestand vorhandenen Schilder das Ergebnis des Integrierten Handlungskonzeptes abzuwarten sei. Weiter möchte Ratsherr Eggermann wissen, ob für den Bahnhof ein anderes, eindeutigeres Piktogramm eingesetzt werden könne. Herr Czech sagt eine Prüfung dieser Frage zu. Zur Frage der Schriftgrößen von Ratsherrn Wilde antwortet Frau Reuter, dass diese mit der Behindertenbeauftragten abgestimmt werde.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

2.3. Standortkooperation Knapper Straße - Termin: Impulsveranstaltung am 23.01.2014, 19.00 Uhr

Herr Bursian berichtet über den Termin „Impulsveranstaltung Knapper Straße“ vom 23. Januar 2014. Die Herren Pöpping, Hoeing und Heinze stellen in diesem Termin dar, dass sich eine Geschäftslage nur gemeinsam entwickle. Als Tenor bleibe festzuhalten, dass ein sehr wichtiger Punkt die Zusammenarbeit der Werbegemeinschaft mit den Eigentümern sei. Grundsätzlich gebe es in der Knapper Straße nur wenig Leerstände, aber einige qualitativ nicht so hochwertige Nutzungen. Seitens der Verwaltung sei als starker Appell genannt worden, dass die Knapper Straße durch ihre gute Erreichbarkeit mit Bus und Auto punkten könne. Das Engagement zur Erkennung und zum Ausbau der vorhandenen Stärken müsse von den Gewerbetreibenden und Eigentümer ausgehen. Die Verwaltung werde diesen Prozess soweit möglich unterstützend begleiten. Auch das Stadtumbaubüro gebe Anstöße für – zeitlich begrenzte - Fördermöglichkeiten im Rahmen der Denkfabrik.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

3. Sachstandsbericht Integriertes Handlungskonzept Altstadt

Herr Bursian berichtet, dass ein erstes Treffen mit dem Altstadtverein stattgefunden habe. Er führt weiter aus, dass der Auftrag zur Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt an das Büro steg NRW mbH aus Dortmund vergeben wurde. Kooperationspartner von steg für den Kulturbereich sei Herr Richter von Richter Beratung aus Osnabrück. Er stellt den Flyer mit der Einladung zum Zukunftsforum Altstadt am 6. Februar 2014 im Kulturhaus mit einem groben Ablaufplan vor. Es gehe in diesem Termin neben einer Gesprächsrunde auch darum, in moderierten Arbeitsgruppen Ideen zu entwickeln und zu sammeln, um dann zu schauen, in welche Richtung das Konzept gehen solle. Derzeit werde eine vertiefte Analyse der Altstadt erstellt, Inhalte gebe es zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht zu berichten. Aufgrund des Zeitdrucks zur Stellung eines entsprechenden Förderantrages müssten im Prozess jedoch bereits frühzeitig Maßnahmen entwickelt werden.

Die Frage von Vorsitzendem Weiß, an welcher Stelle die Politik im weiteren Verlauf eingebunden sei, beantwortet Herr Bärwolf dahingehend, dass Weichenstellungen und Grundaussrichtungen bei der Erstellung des Integrierten Handlungskonzept Altstadt selbstverständlich im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt vorgestellt würden. Denkbar sei auch, bei Bedarf evtl. eine Sondersitzung gemeinsam mit dem Kultur- oder Bau- und Verkehrsausschuss abzuhalten. Der Ausschuss werde auf jeden Fall informiert und beteiligt.

Vorsitzender Weiß bedankt sich für die Einladung, die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

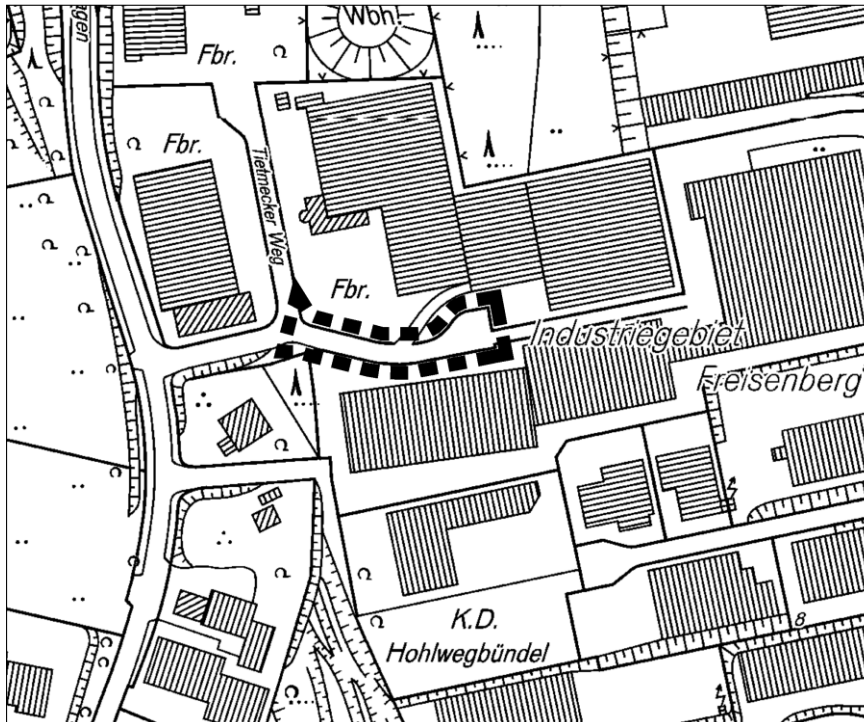
4. Bebauungsplan Nr. 719 "Freisenberg", 12. Änderung; Aufstellungsbeschluss Vorlage: 001/2014

Ratsherr Lührs schlägt eine Abstimmung nach Vorlage vor.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), soll der Bebauungsplan Nr. 719 „Freisenberg“, 12. Änderung für das nachstehend skizzierte Plangebiet aufgestellt werden.



- II. Es wird festgestellt, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 719 „Freisenberg“, 12. Änderung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB erfolgen kann. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird dabei von einer frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

5. Bebauungsplan Nr. 827 "Jahnsportplatz"; Aufstellungsbeschluss Vorlage: 003/2014

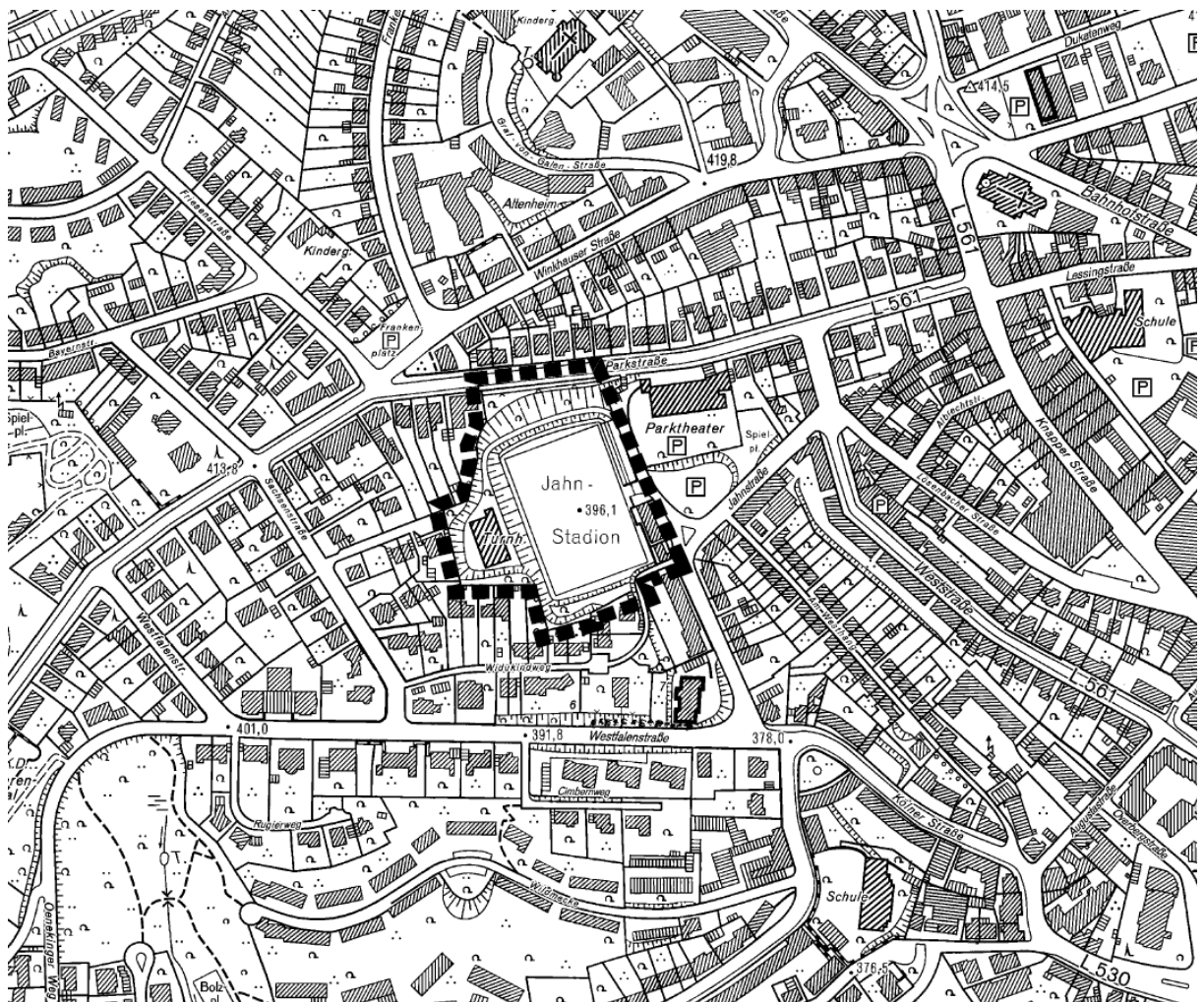
Herr Bursian beantwortet die Frage von Ratsfrau Löhr nach der Anzahl und Größe der Restgrundstücke dahingehend, dass es sich um 4 bis 6 Baugrundstücke handle. Die Verwaltung befürwortet das gemischte Konzept aus Kindergarten, einer Wohneinrichtung für behinderte Kinder des Johannes-Busch-Hauses, Grünflächen und der Wohnbebauung. Frau Löhr möchte zudem wissen, ob es möglich sei, die geplante Wohnbaufläche als Freifläche zu belassen

vor dem Hintergrund, dass derzeit auch an anderer Stelle Sportplätze geschlossen und durch Wohnbebauung ersetzt würden. Vorsitzender Weiß weist darauf hin, dass das Konzept mit der Wohnbebauung gemeinsam so beschlossen worden sei. Man könne ggfs. im Falle einer Nichtvermarktung erneut über die Belassung als Freifläche sprechen.

Die Ausschussmitglieder fassen mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

- I. Gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), soll der Bebauungsplan Nr. 827 „Jahnsportplatz“ für das nachstehend skizzierte Plangebiet aufgestellt werden.



- II. Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne des Ratsbeschlusses vom 28.04.1980 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

6. Entwurf zum Landesentwicklungsplan des Landes Nordrhein-Westfalen Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 226/2013

Herr Bärwolf erläutert auf Nachfrage von Vorsitzendem Weiß die Stellungnahme der Verwaltung zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP). Er erläutert das sog. Gegenstromprinzip des Landes. Dies bedeute, die Kommunen als kommunale Gebietskörperschaften seien in der Pflicht, die Ziele des Landes für sich anzuerkennen, beispielsweise auch in der Bauleitplanung. Gleichzeitig seien vom Land bei der Aufstellung des LEP die kommunalen Stellungnahmen zu gewichten. Vorsitzender Weiß erklärt, dass seiner Einschätzung nach der Landesentwicklungsplan sehr wichtig für die Stadt Lüdenscheid sei. Herr Bärwolf weist darauf hin, dass der Regionalplan, der eine konkretere Planung darstelle, aus dem LEP entwickelt werde. Entscheidend auseinandergesetzt habe man sich aber mit den textlichen Zielen des LEP.

Ratsherr Wilde stellt fest, die Verwaltung habe die Auswirkungen für die Stadt Lüdenscheid nicht genügend berücksichtigt. Die geplante Einsparung von gewerblichen Bauflächen bedeute eine massive Einschränkung und sei eine Katastrophe für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Ratsherr Voß bemängelt hinsichtlich der Ziele zur Siedlungsflächenerweiterung im Außenbereich, die Anwohner im Außenbereich würden als Bürger zweiter oder dritter Klasse behandelt. Ratsherr Appelt hingegen äußert Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung.

In der weiteren Diskussion erinnert Herr Bärwolf an die räumlichen Zielvorstellungen, die im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes von der Politik mitgetragen wurden. Der Eindruck, die gewerbliche Entwicklung werde durch die Verwaltung gestoppt, sei für ihn nicht erkennbar.

Vorsitzender Weiß weist auf die ausführlichere Stellungnahme des Märkischen Kreises hin. Er sei unzufrieden mit der Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid. Ratsherr Metzger als Mitglied des Kreistages relativiert die ausführliche Stellungnahme des Märkischen Kreises und stimmt den Ausführungen von Herrn Bärwolf zu.

Ratsherr Metzger bittet allerdings die Verwaltung um eine Übersicht der letzten 4-5 Jahre über die Vermarktung von Gewerbeflächen. Es soll aufgeführt werden, was noch an Brachflächen vorhanden ist und wo sich in den nächsten Jahren Defizite ergeben könnten. Die Beantwortung durch Fachdienst 80 soll in einem der nächsten Ausschüsse für Stadtplanung und Umwelt erfolgen.

Da die Frist zur Stellungnahme zum LEP am 28.02.2014 endet, wird die Beschlussvorlage zur Überarbeitung und Ergänzung durch die Verwaltung und Vorstellung im nächsten Hauptausschuss am 24.02.2014 zurückgeben.

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

7.1. Städtebaulicher Entwurf: Vogelberg/Kirchhahn, Willy-Bürger-Straße

Herr Mielke stellt anhand einer Präsentation den städtebaulichen Entwurf zur Planung an der Willy-Bürger-Straße am Vogelberg/Kirchhahn vor. Er erläutert die vorgesehene Bauweise mit der Zielgruppe junger Familien. Es solle ein städtebaulicher Akzent gesetzt werden, deshalb

weiche der Entwurf von der verdichteten Bauweise mit Mehrfamilienhäusern des derzeit gültigen Bebauungsplanes in diesem Bereich ab. Die Ausrichtung sei auf den zentral gelegenen Spielplatz geplant. Die 35 Einfamilienhäuser haben zwischen 370 m² und 750 m² große Grundstücke. Der Neubau einer parallel zur Willy-Bürger-Straße laufenden Anliegerstraße sei erforderlich. Hierfür sei die Anpassung des Bebauungsplanes nötig, die Straße sei derzeit dort nicht ausgewiesen. Ratsherr Metzger begrüßt dieses Vermarktungskonzept. Er fragt an, ob die soziale Gestaltung der Bodenpreise z. B. nach Anzahl der Kinder und Einkommen möglich sei. Herr Bärwolf antwortet, dass dies eine erste grundsätzliche Vorstellung der Planung sei. Gespräche über die Vermarktung würden zu einem späteren Zeitpunkt geführt.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die vorgestellte Planung.

7.2. Neuerrichtung von Windenergieanlagen

Vorsitzender Weiß begrüßt Herrn Moos und Herrn Lessmann von ENERVIE und bittet um Vortrag.

Herr Moos bedankt sich für die Möglichkeit, die aktuelle Planung zur Neuerrichtung von Windenergieanlagen vorstellen zu können. Anhand einer Präsentation geht er auf die geplanten Standorte Oberhunscheid und an der Versetalsperre ein. Als regionaler Energieversorger wolle und werde sich ENERVIE am Ausbau der Windkraft in der Region beteiligen und dieses forcieren. Auch werde ENERVIE noch eine energiewirtschaftliche Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen abgeben. Er erklärt, dass ein Waldumwandlungsantrag für den Standort Oberhunscheid gestellt wurde und die Abstimmung mit der oberen Landschaftsbehörde erfolgt sei. Die Prüfung des Arten- und Habitatschutzes habe im Vorfeld stattgefunden und sei abgeschlossen. Nächster Schritt sei in der kommenden Woche der Termin beim Landschaftsbeirat. Die erforderlichen Genehmigungen der Luftfahrtbehörde seien noch nicht erteilt, aber in Aussicht gestellt worden. Herr Lessmann führt weiter aus, dass es sich bei der Fläche in Oberhunscheid um eine „Kyrillfläche“ handelt. Er nennt einen zweiten optionalen Standort in Oberhunscheid, und zwar auf den ehemaligen Schlammteichen. Dieser optionale Standort werde derzeit durch den Ruhrverband geprüft. Ein Ergebnis liege hierfür noch nicht vor. Die Narbenhöhe der geplanten Anlage von ENERVIE betrage 123 m bei einem Rotordurchmesser von 93 m, somit erreiche man eine Gesamthöhe von 170 m mit einer Nennleistung von 2,2 MW. Die Zuwegung mit einer Länge von ca. 1.100 m sei über den Rastplatz Hunscheid geplant.

Zum zweiten von ENERVIE favorisierten Standort nördlich der Versetalsperre führt Herr Lessmann aus, dass dieser komplett durch bereits vorhandene Forstwege (ca. 1.200 m) bis zur Straße erreicht werden könne. Mit einer geplanten Narbenhöhe von 140 m und einem Rotordurchmesser von 117 m komme man auf eine Gesamthöhe von 199 m mit einer Nennleistung von 2,4 MW. Dies sei eine typische Binnenlandstandortanlage. Der Trend gehe zu Anlagen, welche unter dem Aspekt der Nennleistung eher kleiner seien. Auch bei diesem Standort sei die Genehmigung der Luftfahrtbehörde noch nicht erteilt, aber in Aussicht gestellt und auch dieser Standort werde im Landschaftsbeirat vorgestellt.

Ratsherr Sager fragt nach dem Ergebnis der Arten- und Habitatschutzprüfung und äußert Bedenken zum Vorhaben insbesondere mit Blick auf das Schwarzstorchvorkommen an der Versetalsperre. Herr Lessmann erklärt, dass gemäß den vorliegenden Richtlinien geprüft worden sei. Beim Schwarzstorch gelte ein Radius von 3000 m, der Horst befinde sich in 2.900 m Entfernung zum geplanten Standort nördlich der Versetalsperre. Auch diese Prüfungsergebnisse würden im Detail durch den Gutachter im Landschaftsbeirat vorgestellt.

Vorsitzender Weiß bedankt sich für den Vortrag.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Bauleitplanung Liebigstraße; hier: Baumschutz

Herr Bursian führt aus, dass ausgehend von der Überlegung, einen Bebauungsplan für den Bereich Liebigstraße aufzustellen und damit nicht zuletzt die vorhandenen prächtigen Blutbuchen auf dem Grundstück Liebigstraße 11 planungsrechtlich zu sichern, der Fachdienst 61 eine detaillierte Ortsbesichtigung durchgeführt und die Möglichkeiten eines entsprechenden Bauleitplanverfahrens geprüft habe. Im Ergebnis sei festzustellen, dass es sich bei der vorgefundenen Situation um ein Nebeneinander von Wohnnutzung und gewerblicher bzw. industrieller Nutzung handelt. Ein Planungserfordernis resultiere hieraus nicht. In einem Bebauungsplanverfahren wäre dieses Nebeneinander zu thematisieren und entsprechende Nachweise über die Verträglichkeit der unterschiedlichen Nutzungen zu führen. Hierzu wäre ein Gutachten erforderlich, welches ggfs. Einschränkungen bei der gewerblichen bzw. industriellen Nutzung oder aber auch bei der Wohnnutzung beinhalten würde. Von der Aufstellung eines Bebauungsplanes werde daher abgeraten.

Vorsitzender Weiß erklärt, der neue Eigentümer habe sich in die Richtung geäußert, keine Bäume fällen zu wollen.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

8.1.2. Bauvorhaben Kirchplatz 23; hier: Vorstellung der Gestaltung des Podestes für die Außengastronomie

Herr Bursian zeigt anhand einer Präsentation aus dem Jahr 2012 das damalige Erscheinungsbild des ehemaligen „Jendritzki-Gebäudes“ und stellt diesem den aktuellen Stand gegenüber. Er erläutert die damals im Ausschuss für Stadtplanung vorgestellten Skizzen. Im Bauantragsverfahren sei dann die obere Ebene durch das neue Podest aus Gründen der Barrierefreiheit erforderlich geworden. Zu den kritischen Anmerkungen einiger Ausschussmitglieder zur aktuellen Optik antwortet Herr Bärwolf, dass dieses Projekt eine begrüßenswerte Entwicklung an einer sehr problematischen Stelle mit nicht einfachen Rahmenbedingungen gewesen sei. Die bisherige Resonanz aus der Altstadt sei positiv, man sei froh über die Belebung. Außerdem sei im Zuge der endgültigen Herstellung noch mit deutlichen gestalterischen Verblendungen zu rechnen.

Ratsherr Wilde äußert Bedenken. Ein früheres Bauvorhaben sei aus Sichtschutzgründen abgelehnt worden. Ferner fehle ein ausreichender Windschutz, so dass es auch im Sommer sicher nicht angenehm sei, dort zu sitzen. Weiter solle dringend darauf geachtet werden, unter dem Podest keine Müllecken entstehen zu lassen.

Ratsfrau Löhr führt aus, das neue Kaffee werde gut angenommen. Es sei auf jeden Fall eine Bereicherung für die Oberstadt, wirke aber derzeit wie ein Baugerüst. Herr Bärwolf antwortet, dass das Podest noch nicht fertig gestellt würde. Um dem Investor die Eröffnung zu ermöglichen sei der derzeit provisorische Zustand hingenommen worden. Auf die mit dem Investor getroffenen Absprachen zur Verblendung des Podestes, der Bepflanzung etc. würde die Verwaltung selbstverständlich drängen.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

8.1.3. Sachstandsbericht zum Bebauungsplan Nr. 823 "Tennisanlage Stadtpark"; hier: Baumfällungen im Stadtpark

Herr Badziura zeigt anhand eines Planes die zu erhaltenden Bäume seitens des Bauherrn. Im Ortstermin sei zugesichert worden, dass die gegenüber dem Fußweg im Stadtpark befindliche Baumkulisse auf jeden Fall erhalten bleiben soll, um die Blickbeziehung von der Bayernstraße nördlich der Fläche auf die Tennishalle abzumildern. Aufgrund der vorliegenden aktuellen Planung sei es nach seiner subjektiven Einschätzung wahrscheinlich, dass von den fünf erhaltenswerten Bäumen dieser Kulisse die beiden der Halle am nächsten stehenden auf Dauer nicht zu erhalten seien. Die drei übrigen die Sichtbeziehung zur Bayernstraße jedenfalls noch abmildernden Bäume würden wahrscheinlich zumindest in Mitleidenschaft gezogen. Er schlägt vor, im weiteren Bauleitplanverfahren seitens der Bauherrenschaft durch geeignete Maßnahmen nachzuweisen, dass diese Baumkulisse erhalten werde. Sollten die beiden der Tennishalle am nächsten liegenden Bäume nicht zu halten sein, solle ein Nachweis über die Sicherstellung des Sichtschutzes zur Bayernstraße hin erfolgen. Dies könne im Rahmen des Baufortschritts durch dann einzupflanzende, bereits entsprechend große Solitäre Bäume erfolgen.

Herr Bielinsky als Architekt des Bauherrn erwidert, dass auf der anderen Seite des Fußweges Bäume stünden, die eine direkte Sichtbeziehung zur Bayernstraße verhindert, auf dem vorliegenden Plan jedoch nicht dargestellt seien. Vorsitzender Weiß erklärt, dass es vor Ort eine andere Absprache gegeben habe mit der Versicherung, die nun kritischen Bäume würden auf jeden Fall bleiben.

Die Frage von Ratsfrau Haue, ob auch die Anwohner der Bayernstraße zu dem geplanten Vorhaben befragt worden seien, beantwortet Herr Bursian dahingehend, dass eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens stattgefunden habe. Außer Mitgliedern des Tennisvereins sei aus der Öffentlichkeit niemand erschienen.

Herr Bärwolf schlägt vor, sollten die beiden nächstgelegenen Bäume fallen, sei der Erhalt der drei übrigen Bäume – alle fünf auf der Wegseite des geplanten Neubaus – fachtechnisch durch einen vom Investor zu beauftragenden Gutachter im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nachzuweisen bzw. ggfs. eine Ersatzplanung zur Erhaltung einer entsprechenden Baumkulisse vorzunehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

8.1.4. Holzdeckumbau im Rosengarten, hier: Neuer Standort der Ersatzpflanzung einer Kastanie

Herr Badziura erläutert, dass im Zuge der Umbauarbeiten des Holzdecks im Rosengarten festgestellt wurde, dass der Standort des neu zu pflanzenden Baumes sich aufgrund extrem vieler Kabel im Untergrund an der geplanten Stelle um 2 Meter verschiebe.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

8.3. Anfragen

8.3.1. Anfrage des Rats Herrn Sager zum Thema "Sachstand Torhaus Bahnhofsallee"

Rats Herr Sager fragt, ob für das Bauvorhaben des Torhauses an der Bahnhofsallee, welcher Ende 2014 bereits stehen sollte, ein Bauantrag gestellt worden sei.

Herr Bärwolf erwidert, dass es zur Zeit konkrete Gespräche gebe, eine Antragstellung stehe kurz bevor.

Rats Herr Sager bedankt sich für die Antwort.

gez. Björn Weiß

Vorsitzender

gez. Kaluza

Schriftführerin